Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Stadtentwicklungsausschuss	06.06.2023	öffentlich
Bezirksvertretung Brackwede	31.08.2023	öffentlich
Bezirksvertretung Heepen	24.08.2023	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Weiteres Vorgehen beim Ausbau der Herforder Straße und Neubau der Ortsumgehung Ummeln

Betroffene Produktgruppe
keine

Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen
keine

Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan
keine

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

Stadtentwicklungsausschuss, 01.06.2010, Drucksachennummer 0933/2009-2014
Stadtentwicklungsausschuss, 21.03.2023, TOP 14, Drucksachennummer: 5840/2020-2025
BV Brackwede, 27.04.2023, TOP 13, Drucksachennummer: 5840/2020-2025

Sachverhalt:

Derzeit laufen auf dem Bielefelder Stadtgebiet verschiedene Straßenplanungen, die nicht unmittelbar in der Zuständigkeit der Stadt Bielefeld und ihrer Verwaltung liegen.

Herforder Straße

Die Stadt Bielefeld hat mit entsprechendem politischen Beschluss (Drucksache 0933/2009-2014) den 4-Spurigen Ausbau der Herforder Straße beschlossen. Darauf aufbauend wurde mit dem Straßenbaulastträger Straßen.NRW eine Planungsvereinbarung abgeschlossen, sodass die Stadt Bielefeld im Auftrag für das Land NRW den 4-spurigen Ausbau planen und bis zum Planfeststellungsbeschluss vorantreiben sollte.

Als Planungsanlass konnten die hohen prognostizierten Verkehrsbelastungen auf der Herforder Straße genannt werden, sowie die parallel laufende Planung der L712n. Durch die Verlängerung der L712n soll insbesondere der überörtliche Verkehr aus den besiedelten Gebieten im Bereich Altenhagen und Milse auf das klassifizierte Netz gelenkt und so auf dem untergeordneten Straßennetz eine Entlastung erreicht werden. Durch den ergangenen Planfeststellungsbeschluss für die L712n und den mittlerweile abgeschlossenen juristischen Auseinandersetzungen zwischen Straßen.NRW und einer Baufirma wird das Land NRW an der Maßnahme festhalten und bereitet derzeit die Baumaßnahme entsprechend vor.

Dies erfordert wiederum, dass die Stadt Bielefeld die bereits erarbeiteten Planungsunterlagen für den Ausbau der Herforder Straße mit einer hohen Priorisierung voranbringt und prüft, inwieweit mit den vorhandenen Plänen das Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden kann.

Durch die fortgeschrittenen Planungen und dem Abschluss der Vorplanung durch die Stadt Bielefeld sind weder die Ziele der Mobilitätsstrategie noch die aktuell laufenden Planungen für einen Radschnellweg auf der Relation Rheda-Wiedenbrück, Gütersloh und Bielefeld mit Anschluss an den Radschnellweg 3, der in Herford beginnt, ausreichend integriert.

Um im Sinne einer zeitgemäßen Verkehrsplanung agieren zu können, ist es aus Sicht der Stadt Bielefeld zwingend notwendig, die vorhandene Vorplanung des 4-spurigen Ausbaus auf Integrierbarkeit eines Radschnellweges hin zu prüfen und eine entsprechende Plananpassung vorzunehmen. Dieser Prüfung wird folgendes Arbeitsprogramm zu Grunde gelegt:

- Prüfung der zur Verfügung stehenden Flächenverfügbarkeit
- Prüfung der Reduktion um min. einen Fahrstreifen, bezogen auf die zu erwartende Verkehrsbelastung sowie des Verkehrsflusses
- Ausarbeitung von Plänen und Querschnitten zur Integration des Radschnellweges entlang der Herforder Straße
- Detailplanung zum Anschluss an den Radschnellweg 3 in Herford sowie die Querung des Knotenpunktes L712n und der Herforder Straße

Aufgrund des derzeitigen Projektstandes bei dem Radschnellweg wird das vorgenannte Arbeitsprogramm voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2023 starten können. Dies bedingt jedoch noch den Beschluss zur Vorzugstrasse des Radschnellweges, den die Verwaltung ebenfalls für die zweite Jahreshälfte 2023 vorbereitet. Durch den jetzigen Verfahrensstand ist jedoch ersichtlich, dass die Vorzugstrasse auf Bielefelder Stadtgebiet parallel zur Herforder Straße ohne realistische Alternative ist und somit bei der Plananpassung der Herforder Straße bereits Berücksichtigung finden kann.

Um Planungssicherheit zu erreichen, ist es zudem zielführend, dass der Ankauf des erforderlichen Flächenbedarfs (s. Drucksache 1391/2020-2025) finalisiert wird.

Ortsumgehung Ummeln

Wie in der Informationsvorlage (Drucksachenummer 5840/2020-2025) bereits mitgeteilt, haben sich aus juristischen Gründen die Planung und der Bau der Ortsumgehung Ummeln verzögert. Es waren zwei Klagen anhängig, die im Jahr 2018 vor dem Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) verhandelt wurden. Das BVerwG hatte das Verfahren ausgesetzt und dem Gerichtshof der Europäischen Union verschiedene Fragen zur Auslegung der EU-Wasserrahmenrichtlinie und der UVP-Richtlinie vorgelegt. Aufgrund des nachfolgenden Beschlusses des Bundesverwaltungsgerichtes muss der Planfeststellungsbeschluss überarbeitet werden.

Aufbauend auf dem derzeitigen Verfahrensstand hat die Verwaltung Ende März 2023 Kontakt zum Verkehrsministerium aufgenommen. In diesem Gespräch ging es um das weitere Verfahren bzw. Vorgehen bei den Planungen der Ortsumgehung Ummeln. Hierzu gab es noch keine neuen Informationen für die Verwaltung (vgl. Mitteilung vom 02.05.2023 im StEA), sodass derzeit davon ausgegangen werden kann, dass das Land NRW als Vorhabenträgerin weiterhin an den Planungen festhält. Aus Sicht der Verwaltung birgt ein Neubau der B61n Chancen, aber auch kritisch zu betrachtende Aspekte.

Die Chancen fokussieren sich dabei auf die Entlastung des Ortskerns Ummeln und einer Erhöhung der Aufenthaltsqualität infolge einer veränderten, deutlich reduzierten Verkehrsbelastung und Straßenumplanungen. Diese Straßenumplanungen müssten dabei, ähnlich wie an der Herforder Straße, die Belange eines Radschnellweges berücksichtigen. Auch im südlichen Bereich der zukünftigen Radschnellwegtrasse konnte durch den Gutachter herausgearbeitet werden, dass auf Bielefelder Gebiet ein geradliniger Verlauf des Radschnellweges auf der Gütersloher Straße am sinnvollsten ist.

Aus diesem Grund birgt der Ausbau der Ortsumgehung Ummeln Potential, die dann noch vorhandenen Verkehre verträglicher abzuwickeln und den Stadtteil Ummeln nachhaltig aufzuwerten.

Als kritisch müssen die zusätzlich benötigte, versiegelte Fläche der neuen Trasse, die Störung des Landschaftsbildes, die Zerschneidung des Landschaftsraumes sowie die Auswirkungen auf den Kfz-Verkehr allgemein genannt werden. Durch eine Verflüssigung des Verkehres entsteht südlich des Stadtgebietes ein weiterer Engpass, der aus verkehrsplanerischer Sicht wahrscheinlich nur mit dem 4-streifigen Ausbau der B61 zwischen Bielefeld und Gütersloh aufgelöst werden kann.

Weiteres Vorgehen

Die Stadt Bielefeld geht weiterhin vom Bau aller vorgenannten Straßenplanungen aus und wird versuchen, sie im Sinne einer nachhaltigen Stadt- und Verkehrsentwicklung mit den Zielen der Mobilitätsstrategie zu verschneiden sowie die Belange des Umweltverbundes mit einer hohen Fokussierung zu berücksichtigen bzw. darauf einzuwirken.

Insbesondere bei dem Ausbau der Herforder Straße sind die bisherigen Planungen des Radschnellweges einzuarbeiten und vollständig zu berücksichtigen.

Bei den weiteren Planungen zur Ortsumgehung Ummeln wird die Stadt Bielefeld weiterhin im Gespräch mit dem Verkehrsministerium bleiben, um die negativen Auswirkungen der Ortsumgehung zu minimieren und im Sinne einer nachhaltigen Verkehrsplanung agieren zu können. Dabei soll auch darauf hingewirkt werden, einen 4-streifigen Ausbau zwischen Bielefeld und Gütersloh zu vermeiden und so dem politischen Beschluss aus 2020 nachzukommen.

Weiterhin wird die Stadtverwaltung Bielefeld in der zweiten Jahreshälfte die derzeit laufenden Arbeiten am Radschnellweg 2.0 zusammen mit allen Projektbeteiligten abschließen und den politischen Gremien eine entsprechende Vorzugstrasse vorschlagen, die dann nach Möglichkeit zusammen mit dem Straßen.NRW beplant werden soll.

Beigeordneter

Adamski

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.